



April 1/2010
Einzelpreis 3 Euro

Rundschau

der Evangelischen Arbeitnehmer



Betriebsratsverseucht?

Aber immer!

**Nehmt Eure
Rechte wahr -
Betriebsratswahl!**

Inhalt



12



20

Euer Herz erschrecke nicht! Jahreslosung wird für viele Menschen wichtig - Dr. Gehard Kühlewind	4
Thema: Möglichkeit zur Mitbestimmung wahrnehmen - Rechte stärken	
Aufruf der Kirchen zur Betriebsratswahl	5
Thema: Aufruf des BVEA zur Betriebsratswahl	6
Thema: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich - Betriebsräte vertreten Arbeitnehmerrechte	7
Frische Brise in der Krise Die evangelische Kirche korrigiert ihren marktliberalen Kurs - Franz Segbers	8
Der nächste Crash kommt bestimmt - Fragen an Thomas Jorberg, Chef der GLS-Bank	10
Zeitenwende - Wir müssen uns von unserer Lebensweise verabschieden - Reinhard Ziegler	11
Der große Irrtum! Christlicher Glaube ist nicht von politischer Verantwortung zu trennen - Helmut Faber	12
Auch mal „Nein“ sagen - Empfehlung für die Vertreter in den Sozialparlamenten - Werner Künkler	13
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Offener Brief der EAB-NRW an die Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen	15
Realität oder Irrglaube? Ein unabhängiges Fernsehen und eine unabhängige Presse	16
Christliche Grundsätze in Arbeitswelt und Politik etablieren - Vorstandswahlen und Umstrukturierung der EAN Oldenburg	17
Manche wissen nicht mehr wie es weiter gehen soll Sorge um Arbeitsplätze, DGB Ortschef Dausend sieht mit Sorge auf das Jahr 2010	18
Freiheit und Verantwortung 50 Jahre EAN Berlin - Martin Becher	19
Ökumenischer Kirchentag in München - Veranstaltungen KDA BVEA KAB BSS - Auszüge	20
Viele gute Gründe - Zur Entstehung der EAN Berlin - Dr. Christian Homrichhausen	21
Termine	23

Unsere Gesellschaft braucht mehr Solidarität und gemeinsame Ziele



Vielleicht haben wir in der Vergangenheit zu wenig davon bemerkt?

Nur so ist es wohl zu erklären, dass ein Steuerbetrüger seine Liechtensteiner Bank auf sieben Millionen Euro Schadenersatz verklagt, und Recht bekommt, nur weil sie ihn nicht rechtzeitig über den Diebstahl der Daten-CD mit seinen hinterzogenen Steuergeldern informiert hat und er keine Selbstanzeige mehr erstatten konnte.

Hier steht einiges auf dem Kopf in unserer Gesellschaft, wenn ein Steuerbetrüger per Recht und Rechtsstaat seine völlig zu Recht bestehende Strafe zurückklagen kann. Ist unser Rechtsbewußtsein so sehr unter die Räder gekommen, wenn renommierte Anlageberater in einer Talk-Show der ARD, Steuerbetrüger Notwehr testieren?

Es kann doch wohl nur ein gestörtes Rechtsempfinden vorliegen, wenn Politiker jetzt darüber streiten ob der Staat, die ihm gegen Geld angebotenen CDs mit Daten der Steuerbetrüger, zur Ermittlung verwenden darf?

Es soll und muss ermittelt werden!

Ohne die Frage zu stellen, wie sollen Staat und Gesellschaft ihre Aufgaben mit Kindergärten, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern/ Altenheimen sowie einer guten Infrastruktur zum Wohle der Menschen erfüllen, wenn eine kleine kriminelle Gruppe zum Schaden aller das Geld beiseite schafft?

In der Sorge um die rechtsstaatliche Ordnung, wirkt auch der Diebstahl einer Frikadelle existenzvernichtend.

In jedem Fall muss eine gute und vernünftige, dem Menschen dienende Politik, dieses Tollhaus beseitigen.

Antwort hat die Politik, so wollen die Liberalen durch unverantwortliche Steuersenkungen, die nur Leistungsträger in unserem Land belohnen sollen.

Was wird aus den ca. sechs Millionen Hartz IV-Empfängern, von denen mehr als 90 % ausgeschlossen sind, von einer

menschenwürdigen Arbeit, von dem Selbstwertgefühl wieder eine gute Arbeit zu haben?

Es soll und muss ermittelt werden!

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat eine Antwort:

Eine generelle Arbeitspflicht für Hartz IV-Empfänger einführen!

Hat er auch die Arbeitsplätze?

Hatten wir das nicht schon einmal so unerträglich und so rechtspopulistisch?

Dabei ist so viel gute kluge und dem Menschen dienende Politik angefragt, über alle Parteigrenzen hinaus.

Eine gute und dem Menschen dienende Politik muss alle Menschen mitnehmen, ohne Lobbyismus, über die Parteigrenzen hinaus.

Eine gerechte Gesellschaft, braucht ein Größtmaß an Gemeinsamkeit mit gemeinsamen Zielen.

Wer den Schwachen und Hilfsbedürftigen in unserem Staat Schmarotzertum unterstellt, ist nicht nur ein Populist, sondern er untergräbt die Solidarität und die Grundfesten in unserem sozialen Rechtsstaat.

Unsere Bundesrepublik zählt zu den reichsten Ländern der Erde, wir haben nur einige Probleme mit der sozialen Gerechtigkeit. Dennoch im Vertrauen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande sich ein Urteil bilden können, vertrauen wir bis zu den nächsten Wahlen darauf, dass die Menschen als aufgeklärte Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidungen treffen.

In diesem Sinne

Euer Werner Künkler

Euer Herz erschrecke nicht!

In diesem Jahr wird die Jahreslosung für viele wichtig

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind noch lange nicht überwunden, im Gegenteil! Für viele Menschen wird sie erst in diesem Jahr so richtig in ihrem Leben spürbar werden.

War schon das vergangene Jahr von einem -wenn auch im internationalen Vergleich erstaunlich niedrigen- Anstieg der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, so wird die Krise 2010 den Arbeitsmarkt in Deutschland besonders heftig treffen. Während im letzten Jahr durchaus sinnvolle politische Maßnahmen (staatliche Investitionsprogramme, starke Ausweitung der Kurzarbeiterregelung) den Arbeitsmarkt entlasteten, ist ein solcher Effekt von dem sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ für dieses Jahr nicht zu erwarten. Dies sagen nicht nur die Gewerkschaften sondern nahezu die gesamte Zunft der Experten wie der

Sachverständigenrat zu Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung oder sämtliche wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

Dazu kommt, dass ausgerechnet dieses sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander klaffen lässt, weil es Erben und Hoteliers steuerlich entlastet und bei der Kindergelderhöhung gerade die ausklammert, die sie am nötigsten hätten, die „Hartz-IV-Empfänger“. Diese bekommen die vorgesehene Kindergelderhöhung vom Regelsatz wieder abgezogen! Alleine 800 000 Kinder unter 15 leben derzeit in Deutschland unter solchen Verhältnissen - Tendenz steigend!

Trotz allem: Dr. Margot Käßmann, macht uns Mut trotz aller Krisen und aller Gefahren. Sie beruft sich dabei auf die Jahreslosung 2010, die uns die Gewissheit gebe, dass keine und keiner auch in der größten Krise wirklich allein und auf sich selbst gestellt ist. Die Jahreslosung steht im Johannesevangelium, Kapitel 14, Vers 1 und lautet: **„Jesus Christus spricht: Euer Herz erschrecke nicht! Glaubt an Gott und glaubt an mich!“** Käßmann schreibt dazu:

„Nicht nur der überraschende Tod des Nationaltorhüters Robert Enke im Herbst 2009 hat noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass die persönlichen Krisen häufig noch bedrängender, noch gefährlicher, noch stärker das Leben zerstören können. Krisen in der Kindererziehung, Krisen in der Partnerschaft, Krisen im Berufsleben, Krisen der Gesundheit und Krisen beim Abschied von Menschen, die einem ein Leben oder eine Liebe lang ans Herz gewachsen sind, Krisen, die bis zu dem Punkt führen können, dass ein Mensch sich absolut allein fühlt, dass ein Mensch keinen Weg zum Leben mehr fühlt, dass ein Mensch dem Leben keine

Chance mehr geben kann..

...Krise heißt im griechischen Wortsinn zuerst einmal: Zuspitzung, Entscheidung. In der Krise steckt immer auch die Möglichkeit, den anderen Weg einzuschlagen, eben den Weg, der nicht in die Katastrophe führt.

Eine Einladung für diesen anderen Weg spricht die Jahreslosung 2010. Jesus spricht zum Abschied zu seinen Jüngern. Er weiß, dass die schwerstmögliche Krise auf seine Freunde zukommt:

Die Krise des scheinbar letztendlichen Abschieds, die Krise des Todes. In dem Moment sollen die Herzen der Jünger nicht erschrecken, sondern sich im Glauben getragen wissen. Jesus spricht in die eine Situation des Abschieds und lässt uns Raum, dies auf unsere Krisensituationen anzuwenden. In den Momenten, in denen unser Herz erschrickt, dürfen wir uns im Glauben getragen wissen: *welch unglaublicher Trost, Welch lebensspendende Zuversicht!...*“

Eine uralte Weißheit sagt: In jeder Krise steckt der Anfang einer neuen Chance.

Dies gilt auch 2010.

Dr. Gerhard Kühlewind

Möglichkeit zur Mitbestimmung wahrnehmen - Rechte stärken

Aufruf der Kirchen zu den Betriebsratswahlen 2010

Vom 1. März bis 31. Mai 2010 finden in Deutschland Betriebsratswahlen statt. Die Kirchen teilen mit den Betriebsräten die Sorge um abhängig Beschäftigte und die Zukunft der Arbeitswelt. Daher rufen wir die Mitarbeitenden dazu auf, sich als Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung zu stellen sowie von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die aktuellen Betriebsratswahlen fallen in eine besonders schwierige wirtschaftliche Phase: Die Krise an den internationalen Finanzmärkten hat auch die Realwirtschaft in einem heftigen Ausmaß erfasst. Auch wenn die Bundesrepublik durch Maßnahmen wie Kurzarbeit bislang noch relativ glimpflich durch diese Krise gekommen ist und es vereinzelte Anzeichen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung gibt, so ist doch das Ende der Krise noch nicht erreicht. Dies führt bei vielen Beschäftigten zu Angst und Verunsicherung.

Die Betriebsräte spüren die Sorge, diese Lage könnte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer langfristig besonders hart treffen. Schon jetzt haben viele, insbesondere Leiharbeiter, ihren Arbeitsplatz verloren, befristete Verträge wurden nicht verlängert und die Kurzarbeit ist zu einem Massenphänomen geworden. Aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise müssen Konsequenzen gezogen werden, um in Zukunft Krisen solchen Ausmaßes möglichst zu verhindern. Dabei müssen auch Maßnahmen für eine nachhaltig gerechte und menschenwürdige Arbeitswelt ergriffen werden. Es bedarf einer Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Die Christliche Sozialethik kann hierfür Orientierung bieten.

Gerade in diesen kritischen Zeiten muss die Möglichkeiten zur Mitbestimmung wahrgenommen und damit die Rechte der Beschäftigten gestärkt werden. Die Christliche Sozialethik bekennt sich zur betrieblichen Mitbestimmung als einem bewährten Gut der Sozialen Marktwirtschaft. Im Rahmen der Erwerbsarbeit ist

sie Ausdruck der verantworteten Freiheit des Menschen und damit auch seiner Personenwürde. Gleichzeitig soll sie in Erinnerung rufen, dass der Mensch Maßstab unternehmerischen Handelns sein muss. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Unternehmensleitung trägt vielfach dazu bei, Konflikte zu lösen, sozialverträgliche Auswege aus Krisen zu finden und gemeinsam am nachhaltigen Unternehmenserfolg zu arbeiten. Sie schafft einen wertvollen Rahmen, in dem widerstreitende Interessen vorgebracht und ein sachgerechter Ausgleich gefunden werden kann.

Dafür sind die Betriebsräte auf eine respektvolle Kommunikationskultur mit der Unternehmensleitung und auf das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso angewiesen wie auf die Unterstützung von außen, nicht zuletzt auch durch die zuständigen kirchlichen Sozialverbände.

Betriebsräte setzen sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen ein und übernehmen hohe Verantwortung für sie und die Gestaltung der Unternehmenszukunft. Diese Aufgabe erfordert neben fachlichen Kompetenzen viel Geschick, Ausdauer und Mut. Sie ist gelebte Solidarität. Deshalb danken wir allen, die diese Aufgabe bisher wahrgenommen haben und zollen ihnen dafür Anerkennung und Respekt. Wir bitten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in

den Betrieben nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen und sich auch selbst für dieses Amt zur Verfügung zu stellen. Machen Sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch und stärken Sie den gewählten Betriebsräten den Rücken! Wir danken allen, die sich für diese Aufgabe engagieren, und wünschen ihnen Gottes Segen und Erfüllung bei ihrem Wirken für das Wohl der Beschäftigten und für die Zukunft ihres Betriebs.

*Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann
Vorsitzende des Rates der Evangelische
Kirche in Deutschland (EKD)*

*Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz*

Hannover/Bonn, 20. Januar 2010

„betriebsrats-verseucht“?

Betriebsratswahl 2010

LASS DICH ANSTECKEN!

Bei Risiken und Nebenwirkungen zeige Mut und Solidarität

Mitbestimmung ist ein unverzichtbarer Beitrag für eine menschliche Wirtschaft.
Lass dich anstecken, lass dich aufstellen, geh zur Betriebsratswahl!

kda Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
afa aktionsgemeinschaft für arbeitnehmerfragen



Wählen gehen! Betriebsratswahlen 2010 vom 1. März bis 31. Mai 2010

Nicht nur deshalb wird es zunehmend wichtiger, dass die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben starke Betriebsräte wählt und hat.

Der Betriebsrat trägt als Diskussionspartner im Rahmen seiner gesetzlich geregelten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Betrieb dazu bei, dass es sozialer, gerechter und menschlicher zugeht.

In einer Zeit, in der große Teile der Arbeitnehmer zu rechtlosen Leiharbeitern, unterbezahlten und rechtlosen Minilöhnen gemacht werden, unterstützt von ewig gestrigen konservativen Politikern, wird es immer wichtiger selbstbewusste Betriebsräte zu haben.

Für die schlimmen Zustände in der heutigen Arbeitswelt, darf man nicht alleine gierige und unsoziale Arbeitgeber verantwortlich machen.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können und müssen jetzt dagegen halten. Wenn es einen Ruck durch die Gesellschaft geben muss, wie der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog einmal gesagt hat, dann ist es

der Ruck, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben in Solidarität miteinander, wieder mehr ihre Rechte wahrnehmen.

Letztlich kann es sogar in einem gut geführten Unternehmen der Gewinn, der Erfolg aller sein, wenn das Betriebsklima wieder stimmt.

Wie im Aufruf des DGB zur Betriebsratswahl: Gute Arbeit kann man wählen! Zusammen mit den Gewerkschaften, Kirchen und den arbeitnehmerfreundlichen Politikern rufen wir deshalb alle Beschäftigten auf:

Wählt Betriebsräte!
Werner Künkler
Stv Bundesvorsitzender BVEA

Platz für Menschen?

Im § 1 des Betriebsverfassungsgesetzes ist nachzulesen: In Betrieben mit der Regel mindestens fünf ständigen und wahlberechtigten Arbeitnehmern, von denen drei wählbar sind, werden Betriebsräte gewählt.

Soweit in aller Nüchternheit die gesetzliche Grundlage.

Diese Grundlage ist bei genauem Lesen allerdings als Initiativgesetz zu sehen.

Die Arbeitnehmer müssen von sich aus tätig werden, z. B. Wahlvorstände gründen um die Betriebswahl „einzuläuten“. Dabei hat das Betriebsrätegesetz seit seiner Einführung im Jahre 1920 schon eine sehr lange Geschichte und Entwicklung, über die Zeit der Weimarer Republik, mit der Abschaffung im III. Reich, bis zum Beginn der Bundesrepublik mit seinem Grundgesetz, eine lange Tradition. Zu allen Zeiten, bis in die heutige Bundesrepublik, gab es jede Menge Behinderungen und Anfeindungen von den Unternehmen ausgehend bis in die politischen Ausrichtungen der neoliberalen Politiker.

So hatte ein Grossunternehmen wie Siemens sich mit der Auß Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsräte, sich gleich eine eigene Gewerkschaft mit entsprechenden Betriebsräten

gekauft. Selbstverständlich sind die im DBG vertretenden Gewerkschaften, nach wie vor ein gutes Fundament für jede gute Betriebsratsarbeit, mit der Unterstützung, die Betriebsräte dort erfahren. Allerdings hat sich nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch das Verhalten der Arbeitnehmer, neben einer fortschreitenden Individualisierung, man ist nicht mehr in einer Gewerkschaft, wie auch unter dem Druck der Arbeitgeber verändert.

Die allgegenwärtige Angst um den Arbeitsplatz (nur noch 60% der Arbeitsverhältnisse sind relativ gesichert) hat auch bei den Arbeitnehmern eine Entsolidarisierung erzeugt.

Einige Unternehmer sprechen offen darüber, dass sie keine Betriebsräte brauchen, sondern alle Dinge im Einvernehmen mit ihren Beschäftigten regeln. Andere Unternehmen schließen wiederum Tarifverträge bzw. Betriebsvereinbarungen mit den sogenannten „Christlichen Gewerkschaften“ ab, die alles andere im Sinn haben, als eine Solidarität und Kraft gestärkte Arbeitnehmervertretung. In einigen Unternehmen wird sogar davon gesprochen, dass ein „Betriebsteil betriebsratsverseucht“ ist. Darum ist das auch das neue Unwort des Jahres 2009.

Jetzt dagegen halten

Zeitenwende

Wir müssen uns von unserer Lebensweise verabschieden

Nachrichten erreichen uns oft nur noch als Info-Fetzen, die zu ordnen keine Zeit bleibt, weil Aktuelleres drängt. Also reduziert sich zum Beispiel der Klima-Gipfel von Kopenhagen zu „Konferenz gescheitert“, während das Kyoto-Protokoll von 1997 noch mit dem Etikett „Durchbruch gelungen“ glänzte. Diese Schlagworte sind ohne differenzierte Hintergrundausleuchtung wertlos.

Die CO²-Konzentration in der Erdatmosphäre hat sich seit Kyoto dramatisch erhöht; allein im kurzen Zeitraum von 2000 bis 2004 stieg der weltweite Ausstoß von 24,6 Mrd. Tonnen auf 28,2 Mrd. Tonnen, in China gar von 2,4 auf 4,8 Mrd. Tonnen. Was damals als Durchbruch gefeiert wurde, ist zum Dammbbruch missraten. In 12 Jahren hat sich kein breites Problembewusstsein entwickelt. Das ist auch nicht verwunderlich angesichts einer Bedrohung, die bislang nur punktuell auf sich aufmerksam macht und für die es in der Menschheitsgeschichte kein Beispiel gibt.

Im Zeitraffer: In einem Zeitraum von 200 Millionen Jahren (Karbon bis Jura) wurde der Kohlenstoff in der Erdkruste gebunden, den wir Menschen seit ca. 200 Jahren durch das Verbrennen von Gas, Erdöl und vor allem Kohle wieder freisetzen.

Wir zappeln in der Wachstumsspirale wie der Junkie an der Nadel. Dass wir uns an eine immer schwungvollere Rotation gewöhnen konnten, hat eine zentrale Ursache: Billige Energie. Nicht die Erfindungen der Industrialisierung haben den Energiehunger angeregt, sondern die scheinbar unendliche Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe hat eine massenhafte Einführung der Innovationen erst möglich und sinnvoll gemacht; ohne Kohlekraftwerke keine flächendeckende Elektrizität, ohne Öl keine schrankenlose Mobilität! Wir können also gar keinen Klimaschutz betreiben, ohne uns von einer Lebensweise zu verabschieden, die auch jene als alternativlos erstrebenswert ansehen, für die sie sich noch gar nicht verwirklicht hat, und das sind mehr als zwei Drittel der Menschheit.

Es geht um nicht weniger als die Erkenntnis, dass westliches Komfortniveau ein Auslaufmodell sein müsste,

bevor die Menschheitsmehrheit es erklimmen konnte. Welcher Staatenlenker, ob Demokrat oder Autokrat, könnte das den Massen erklären, ohne Revolten zu riskieren? Andererseits erübrigt sich jede Erklärung, wenn der steigende Bedarf an verfeuerbaren Ressourcen den Vorrat immer schneller schwinden lässt. Eine vertrackte Situation, die beim Namen zu nennen sich kein Politiker traut. Stattdessen wird der Tagtraum kultiviert, man zwingt schon alles unter einen Hut: Kräftiges Wirtschaftswachstum mit intelligentem Klimaschutz, der Arbeitsplätze schafft und obendrein die Gewinne steigert. Lästige Klimagase werden vergraben, so dass die weitere Kohleverbrennung folgenlos bleibt, als sei das Desaster der ungelösten Atom- und Müllentsorgung nicht Warnung genug, Massenmotorisierung stellt der Elektromotor sicher, als käme der Strom aus der Steckdose und nicht aus zusätzlichen Kraftwerken. Man klammert sich an Techniken, die entweder nicht funktionieren, zu teuer oder unbeherrschbar sind und vorhandene Probleme letztlich nur verlagern und damit vergrößern. Erneuerbare Energie, ob aus Wind- oder Sonnenkraft, könnte durchaus die notwendigen Lebensbedürfnisse späterer Generationen erfüllen, mit den Wachstumsanforderungen kapitalistischen Wirtschaftens ist sie überfordert. Die waren und sind an billige Energie gebunden, die aus der Erde kam und in Zukunft

Viele Worte wenig Taten

nicht mehr unbegrenzt und wohlfeil zur Verfügung steht.

Energiesparleuchten und Hybrid-Autos sorgen für Gesprächsstoff und dienen der Gewissensberuhigung, unsere Lebens- und Wirtschaftsweisen stellen sie jedoch nicht in Frage. Das aber würde die Dimension der Probleme erfordern.

Reinhard Ziegler, EAB Essen



*Franz Segbers
im Gespräch mit Matthias Gehlhar*

Der große Irrtum

Noch immer besteht die weit verbreitete Meinung, die Kirche habe sich aus der Politik herauszuhalten. Politische Predigt und Gebete politischen Inhalts sind bei kirchlich distanzierteren aber auch bei zahlreichen kirchentreuen Menschen unerwünscht. Die Neujahrspredigt von Frau Dr. Margot Käbmann hat diese Auseinandersetzung neu aufgenommen lassen. Gut so! Ihr Nein zum Kriegseinsatz deutscher Soldaten in Afghanistan hat heftige Kritik ausgelöst. Zu Unrecht.

Immer wieder muss der Ansicht entgegengetreten werden, als seien der christliche Glaube und das Zeugnis der Kirche

unpolitisch. Das waren Sie ihrem Ursprung und Wesen nach noch nie. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde dieser Aspekt allerdings häufig unterdrückt. Entweder dann, wenn es staatlich unerwünscht war oder wenn es kirchlich opportun war. Zu oft hat die Kirche Ihre Segel nach dem Wind gerichtet. Die sogenannte „Zwei-Reiche-Lehre“ der Reformation hat zu Missbrauch und verheerenden Folgen geführt. Im allgemeinen Verständnis werden Religion und christlicher Glaube der Privatsphäre zugeschrieben und von politischer und gesellschaftlicher Verantwortung getrennt. Ein großer Irrtum, der im biblisch orientierten Glauben keine Begründung hat.

Friedenszeugnis und Friedensverantwortung sind unabdingbarer Ausdruck christlichen Glaubens. Dies belegt die Bergpredigt Jesu. Es trifft nicht zu, dass die Bergpredigt keine Handlungsanweisung für die noch nicht erlöste Welt sei.

Im Gegenteil: Sie ist gerade der Gegenentwurf zu einer von Waffen strotzenden und von Gewalt beherrschten Welt. Darauf basiert die Erklärung der 1. Vollversammlung der Kirchen 1948 in Amsterdam: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“

Kritik an den Äußerungen von Frau Käbmann wie sie aus Kreisen der Politik aber auch von Seiten der Bundeswehr zu hören war, ist weitgehend unsachlich, töricht oder sogar infam. Wer ihr Naivität vorwirft, Fehleinschätzung oder gar Missbrauch ihres

Amtes, betreibt ein verantwortungsloses Spiel. Es ist geradezu skandalös, Frau Käbmann zu unterstellen, sie verwerfe den Gründungskonsens der Welt- und Wertordnung nach 1945, weil sie die Möglichkeit eines „gerechten Krieges“ verneint.

Frau Käbmann solle Gottes Wort verkündigen, wurde gefordert. Überflüssig und dumm, denn genau das hat sie getan aus dem Vertrauen auf Gottes Friedenszusage und Gebot. Zerstörerisch und tödlich ist die militärische Logik. Phantasie und Strategie für den Frieden sind erforderlich. Hierfür gilt es, alle operativen und wirtschaftlichen Mittel einzusetzen. In christlicher Verantwortung verfolgen wir nicht Siege mit militärischen Mitteln sondern den Frieden unter Einsatz aller vertrauensbildenden Mittel. Aber davon sind wir noch weit entfernt. Friedensstrategie sollte ordentliches Lehrfach an den Militärakademien werden.

Die Neujahrspredigt von Margot Käbmann hat gezeigt, wie viel die Politik und die allgemeine Meinung zum Wohle

Christlicher Glaube ist nicht von politischer und gesellschaftlicher Verantwortung zu trennen

aller aus einer gewissenhaften und mutigen Theologie lernen können. Noch nicht zu Ende gedacht ist die Begründung der „rechtserhaltenden Gewalt“ im Hinblick auf internationale Konflikte. Hier muss die Kirche noch eindeutiger werden.

Daß der Glaube untauglich sei für politische Entscheidungen, ist und bleibt eben der große Irrtum.

Helmut Faber, EAB Oberhausen

Krieg und Frieden

Zu diesem Thema hat die damalige Ratsvorsitzende der EKD, Frau Margot Käbmann, mit ihrer Predigt in der Dresdener Frauenkirche am 01.01.2010 reichlich Diskussionsstoff und eine große und unterschiedliche Meinungsvielfalt erzeugt.

Dabei hat sie als überzeugte Christin, ihre Überzeugung zum Frieden auf der Welt dargestellt. Wie es in der Weihnachtsbotschaft heißt „und Frieden auf Erden“.

Dass es ihr dabei gelungen ist, den Krieg in Afghanistan, wie auch alle anderen Kriege, in ihrer Grausamkeit und Menschenverachtung wieder in den Blickpunkt zu rücken ist doch wunderbar, und wenn sie eine neue Kreativität zum Frieden anmahnt, so spricht sie aus christlichem Verständnis den Menschen aus dem Herzen.

Viel zu lange sind Militärstrategien auf der ganzen Welt den Theorien des preußischen Militärschriftstellers und General v. Clausewitz gefolgt, der unter anderem auch gelehrt hat:

„Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Viel zu lange glauben wir, dass Kriege unvermeidbar sind.

Eigentlich hätte die Völkergemeinschaft (UNO) nach den fürchterlichen Erfahrungen zweier Weltkriege, über

Auch mal „Nein“ sagen

Die Beitragserhöhung der Krankenkassen ist zustimmungspflichtig

nationale Politik hinaus mindestens ca. 35 Kriege verhindern müssen, dafür braucht sie aber uneingeschränkte Mandate, die von den Kriegsverursachern ernst genommen werden.

Leider ist bei allen vorgenannten Konflikten immer das erste Opfer die Wahrheit. Da die Wahrheit ein Faktum ist, braucht es nur die Kraft und Überzeugung sie verständlich den Menschen weiter zugeben. Warum machen auch Politiker, der Unions-Fraktion, die ja sogar das „C“ in ihrem Parteinamen führen, Frau Käßmann Vorwürfe, weil sie aus christlicher Überzeugung handelt?

Fatal ist es dabei, wenn so getan wird, dass der Aufruf zum Frieden von einem naiven Friedensaktivismus getragen wird.

Im Gegenteil jede Friedensinitiative braucht Phantasie, Kreativität, Verständnis damit die Bereitschaft der verfeindeten Parteien geweckt wird ihre Konflikte friedlich auszutragen. Der Krieg muss die Ausnahme, die Ultima Ratio, bleiben.

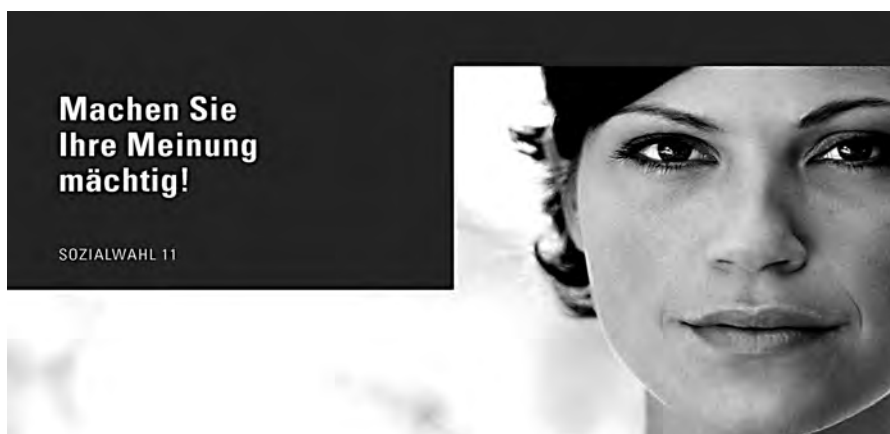
Wir Christen können der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche dankbar sein, dass sie dazu aufgerufen hat, das Kostbarste den Frieden zu bewahren.

Das ist eine wichtige und richtige Einmischung in die politischen Entscheidungen. Frau Käßmann hat damit die Sensibilität bei den politisch Verantwortlichen gestärkt.

Selbstverständlich ist sie damit auch in erster Linie bei den deutschen Soldaten in Afghanistan, die keinen Angriffskrieg wollen, sondern gemäß ihrem Mandat einen friedlichen Aufbau leisten sollen.

Wir sind Frau Käßmann in jeder Weise zu Dank verpflichtet.

Werner Künkler



Empfehlung an die in den Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) Vertreterversammlungen vertretenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen - ACA.

Wenn es auch möglich ist, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen zu Lasten ihrer Versicherten die Beiträge um mindestens 8,- € pro Monat bzw. 1 % vom Einkommen erhöhen dürfen, sollten die von der ACA entsandten Vertreterinnen und Vertreter sorgfältig prüfen, ob diese nur zu Lasten der Arbeitnehmer geplanten Erhöhung in dieser Größenordnung jeweils notwendig ist.

Wie schon die einseitig nur von den Versicherten zu zahlende Praxisgebühr von 10,- € pro Quartal gezeigt hat, wurde außer einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand nichts zur Kostendämpfung erreicht.

Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Beschlussorganen der GKV sollten in jedem Fall die Kostenstrukturen der jeweiligen GKV's prüfen.

Weiterhin sollten sie gemeinsam sich mit den GKV's an die Politiker wenden,

damit auch die enorme durch die Pharmaindustrie ausgelöste Preistreiberei, unterbunden wird.

Gleichzeitig ist auf die Gesundheitspolitiker mehr Einfluss zu nehmen, dass die Endsolidarisierung, durch ein immer größer werdendes Ausscheiden der Arbeitgeber, aus der Solidargemeinschaft verhindert wird.

Die Gesundheit und Gesundheitsvorsorge zu bezahlbaren Kosten ist auch die Angelegenheit der Arbeitgeber um gesunde und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben.

Letztlich kann es nicht möglich sein, dass alle Krankenkassen plötzlich Zusatzbeiträge erheben bzw. ankündigen. Hier ist auch eine kartellrechtliche Prüfung notwendig.

Werner Künkler
Stv. Bundesvorsitzender des
Bundesverbandes
Ev. Arbeitnehmerorganisationen e. V.

Pro Christliche Sozialethik im Arbeitsprozess

Kolpingwerk, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen, stehen als Arbeits- und Aktionsgemeinschaft (ACA) auf Bundes- und Landesebene für die Grundsätze christlicher Sozialethik. Wir verteidigen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und setzen uns für Entscheidungsfreiheit und Menschenwürde ein, für Selbstverantwortung und Selbstgestaltung im Arbeitsprozess – mit und auch in den Gewerkschaften. Wir suchen Verstärkung.



Hin zur Staatsverdrossenheit

EAG zur Krankenversicherung

Zuzahlungserhöhungen steigern die Systemverdrossenheit. Der Abbau des Sozialstaats bedroht damit den Fortbestand unserer Demokratie. Evangelische Arbeitnehmer warnen vor dem Ruin der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung.

Die am Wochenende vom Vorsitzenden des Ersatzkassenverbandes Thomas Ballast und vom Sprecher des Bundesversicherungsamtes Tobias Schmidt angekündigten Zuzahlungserhöhungen empören die Versicherten. Wie die 2004 eingeführte „Praxisgebühr“ seien die nunmehrigen Zusatzbeiträge eine Abwälzung der von der Politik herbeigeführten Mehrkosten ausschließlich auf die Versicherten, von denen die aktiven Arbeitnehmer den Löwenanteil für Geringverdiener zusätzlich zu tragen hätten.

Diese von der Politik verursachten Mehrkosten aber müssten aus Steuermitteln finanziert werden. Dazu erklärte der Schweinfurter Vorsitzende der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen e.V.“ Roland Steuerwald nach einer EAG-Tagung in Nürnberg, es sei die Bundespolitik selber, die mit dem Gesundheitsfonds und mit den Privatisierungszielen des derzeitigen Bundesministers Dr. Philipp Rösler den Wind säe, der zum Sturm zunehmender Systemverdrossenheit führen werde.

Der zielstrebig betriebene Abbau des Sozialstaates bedrohe damit den Fortbestand unserer Demokratie. Schon Bismarck hat die politische Sprengkraft der extremen sozialen Gegensätze erkannt und hat dieser mit dem paritätischen System erfolgreich entgegen gewirkt. Um dieses System werden wir von der ganzen Welt beneidet. Lasst es uns erhalten.

Schweinfurt/Nürnberg, den 24. 01.2010
Roland Steuerwald
Vorsitzender EAG Bayern

Arbeitgeberanteile nicht einfrieren

Offener Brief an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

Sehr geehrte
Frau Bundeskanzlerin Merkel,

mit großer Betroffenheit haben wir,

-die Evangelische Arbeitnehmer Bewegung - EAB - NRW e.V. -

die Planung der neuen Bundesregierung zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung ab 2011 festgeschrieben werden. Dagegen sollen die Arbeitnehmeranteile weiterhin steigen.

Wir halten eine weitere Zerstörung der Solidargemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern/Innen - wie sie z.B. durch Zuzahlung und Praxisgebühren usw. schon jetzt stattfindet, für unverantwortlich.

Dieser Vorgang geht allein zu Lasten der Arbeitnehmer/innen und ist sozialpolitisch und volkswirtschaftlich untragbar.

Das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland, um das wir in der ganzen Welt beneidet werden, hat sich in Jahrzehnten bewährt (siehe Vereinigte Staaten von Amerika).

Wir bitten Sie, alles in Ihren Kräften stehende zu tun, dieses Sozialsystem im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu erhalten und danken Ihnen für eine Antwort auf unser Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Künkler
Landesvorsitzender EAB NRW

**OHNE SONNTAG
FEHLT DIR WAS!**

Der freie Sonntag ist Lebensqualität!

www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de

Trägerorganisationen

KDA ver.di EAB

A
ALLIANZ FÜR DEN FREIEN SONNTAG
DE FÜR ERWAHNT

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Offener Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Ursula von der Leyen

Sehr geehrte Frau von der Leyen,

die Evangelische Arbeitnehmer Bewegung - EAB - gratuliert Ihnen zur Ernennung als Arbeitsministerin der Bundesrepublik Deutschland.

Wir hoffen, dass unser nachfolgender Vorschlag von Ihnen aufgenommen und umgesetzt wird, indem Sie sich klar und eindeutig für die Gleichstellung von Männern und Frauen hinsichtlich der Entgelte (Löhne und Gehälter) einsetzen.

Denn es darf nicht sein, dass Frauen in Deutschland bei gleicher Leistung und Arbeit 1/3 weniger verdienen als Männer.

Wir weisen vehement darauf hin, dass in unserem Land alltäglich gegen Artikel 3, Absatz 1-3 des Grundgesetzes verstoßen wird, in dem es heißt:

1. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

2. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

3. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden..

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich

Wir bitten Sie, intensiv an der Beseitigung dieses landesweiten Problems zu arbeiten und um eine Antwort, wie diese Ungerechtigkeit behoben werden kann.

Gisela Michel, Gesellschaftspolitischer Ausschuss EAB NRW

Schlecker nur ein Einzelfall?

Unwürdige Zustände beenden

So stellt es sich dar, wenn wir die Reaktionen der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen betrachten.

Die Leiharbeit wurde seinerzeit eingeführt, um Spitzen beim Personalbedarf zur Überbrückung abzudecken.

Doch leider ist so gut wie nichts mit der Zulassung der Leiharbeit erreicht worden. Denn diese ursprünglich gute beschäftigungspolitische Maßnahme wird überwiegend dazu missbraucht, um auf der einen Seite die Stammbeschäftigten abzubauen, um sie dann auf der anderen Seite mit billigen Leiharbeitsverhältnissen auszutauschen.

Nur noch 60% der Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland haben eine solide und mittelfristige Absicherung.

40% der Arbeitnehmer/innen sind in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, außerhalb der einzelnen Tarifbereiche zu Billiglöhnen, zum größten Teil als „Aufstocker“.

Auf Kosten der Steuerzahler und der betroffenen ArbeitnehmerInnen erzielen Unternehmen wie Schlecker und viele Andere erhebliche Gewinne.

Wir hoffen, dass die konservativ-liberale Regierung - gemeinsam mit allen gesellschaftsrelevanten Gruppen unserer Gesellschaft - diese volkswirtschaftlich schädlichen und unwürdigen Zustände schnellstens abschafft.

Dazu gehört eine klare gesetzliche Regelung, die jeden Missbrauch nicht nur verhindert sondern auch bestraft.

Wir, die BVEA fordern darüber hinaus die Evangelische Kirche auf, klar und deutlich gegen den Missbrauch bei der Leiharbeit Stellung zu beziehen.

Rundschau Redaktion



Realität oder Irrglaube?

Ein unabhängiges Fernsehen und eine unabhängige Presse

Wer in diesen Wochen das Prozedere um die Verlängerung des Vertrages des anerkannten und renommierten Journalisten Nikolaus Brender als Chefredakteur des ZDF beobachtet hat, was schließlich auf Drängen des hessischen Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zur Entlassung von Nikolaus Brender führte, kann schon erhebliche Zweifel an der vielgepriesenen Presse- und Rundfunkfreiheit bekommen.

Auch haben solche Vorgänge, seit Bestehen der Bundesrepublik eine immer wieder neue Diskussion entfacht, weil es einigen politisch Verantwortlichen aus den konservativen Bereichen einfach nicht ins Konzept passt, wenn sie keinen politischen Einfluss auf Presse, Rundfunk und Fernsehen haben. „Berlusconi lässt grüßen.“

Begonnen hatte das 1948 mit der Gründung des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), der von der englischen Besatzungsmacht eingesetzte Carlton Greene als Chef des NWDR hatte dem damaligen Hamburger Bürgermeister Max Brauer erklären müssen, dass es aussichtslos für ihn ist, Einfluss auf den Sender zu nehmen.

Konrad Adenauer, der einen regierungsnahen und entsprechend dominanten Sender einführen wollte, wurde 1960 vom Verfassungsgericht gebremst.

Jedoch wurde damit 1961 das ZDF ein zweites öffentlich rechtliches Fernsehen eingeführt. Aber die Pressefreiheit wurde erstmalig vom damaligen Verteidigungsminister mit der unrechtmäßigen Verhaftung des Spiegelredakteurs und Herausgebers Rudolf Augstein, erheblich gefährdet. Gott sei Dank hatte dieser Vorgang zum Rücktritt von Franz-Josef Strauß geführt.

1974 wollte der damalige NDR-Intendant, Martin Neuffer, eine Vertragsverlängerung beim NDR-Rundfunkrat durchsetzen. Sieben Mal machten die Unionspolitiker durch Auszug aus dem

Berlusconi lässt grüßen

Rundfunkrat das Gremium beschlussunfähig. 1980 wurde schließlich der Staatsvertrag so geändert, dass beim NDR nur noch ¼ der Verwaltungsratsmitglieder aus der Politik kommen (beim ZDF sind es 44 %). Allerdings hatte das dem ehemaligen und anerkannten Panorama-Chef Peter Merseburger, der bei der Union verspielt hatte, wenig genutzt.

Auch die Verantwortlichen des Magazins Kennzeichen „D“ wurden regelmäßig vor den Fernsehrat des ZDF zitiert, weil die Beiträge nicht gefielen.

Es bleibt zu hoffen, dass der Antrag des Bündnis 90 Die Grünen beim Verfassungsgericht zügig und rechtssicher verhandelt wird, und das zu erwartende

Urteil die Medienfreiheit stärken wird.

Weil sich die Demokratie und die Freiheit kaum feindliche Angriffe wie im Fall Nikolaus Brender nicht leisten kann.

WK, Rundschau



Richard-Martin-Haus veräußert!

Wir bleiben mit dem Haus verbunden!

Hinter uns liegt eine schwere Zeit. Die Belegungszahlen des Hauses sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken und haben dabei längst die Marke unterschritten, bei der das Haus wirtschaftlich betrieben werden konnte.

Der Landesverbandsrat der EAB hat daher im Frühsommer 2009 beschlossen, den Betrieb des Richard-Martin-Hauses zum 04.01.2010 stillzulegen.

Eine weitreichende Entscheidung, vor allem für unsere MitarbeiterInnen vor Ort.

Gemeinsam haben wir jedoch versucht, dass „Ruder“ herumzureißen. Viele Gedanken und Meinungen wurden ausgetauscht, viele Lösungswege besprochen.

In dieser harten Zeit hat das Team des Richard-Martin-Hauses alles getan, damit der Betrieb reibungslos weitergehen konnte. Der Zusammenhalt und die außerordentliche Motivation haben letztendlich zum Erfolg geführt.

Durch die Unterstützung des Bürgermeisters der Stadt Hilchenbach, Herrn Hasenstab und des Leiters des Stadtmarketing, Herrn Krämer, wurde ein Kontakt zu einem Kaufinteressenten aufgebaut.

Herr Fuhrmann betreibt die Seniorenresidenz und das Haus Abendfrieden in Hilchenbach. Er war vom Richard-Mar-

Schlüsselübergabe: Guido Fuhrmann und der EAB-Landesverbandsvorsitzende Werner Künkler



Christliche Grundsätze in Arbeitswelt und Politik etablieren

Vorstandswahlen und Umstrukturierung der EAN Oldenburg

tin-Haus und seinen Mitarbeitern sofort angetan. Nach einigen vertiefenden Gesprächen wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Fuhrmann einen richtigen Schritt in die Zukunft darstellt. So hat der Landesverbandsrat am 21.11.2009 in Oberhausen beschlossen, das Richard-Martin-Haus an Herrn Fuhrmann zu veräußern.

Guido Fuhrmann hat zugesagt, alle Mitarbeiter gerne weiter zu beschäftigen.

Für die EAB ändert sich ab dem 01.01.2010 somit im Wesentlichen nichts. Alle EAB-Gruppen sind herzlich eingeladen ab sofort wieder das Richard-Martin-Haus für ihre Seminare- und Kurzfreizeiten zu buchen. Wie gewohnt laufen hierbei die Anmeldungen über die EAB-Geschäftsstelle in Essen. Belegungszeiten und Preise stehen zur Verfügung!

Am 30.12.2009 fand die feierliche Schlüsselübergabe an Guido Fuhrmann durch den EAB-Landesverbandsvorsitzenden Werner Künkler und dem Vorstandsmitglied Herber Sowa im Rahmen eines Festaktes im Richard-Martin-Haus statt.

Bis bald in Hilchenbach!
Vorstand der EAB NRW



Um die Interessen der Evangelischen Arbeitnehmerschaft im Nordwesten in Zukunft besser vertreten zu können, hat der Landesverband der Evangelischen Arbeitnehmerschaft Oldenburg (EAN) sich im November zur Tagung in Ahlhorn getroffen und einen neuen Vorstand gewählt.

Nach Beratungen über die Zukunft der EAN und einem Impulsreferat von Norbert Kröger zum Thema Ethischer Aspekte des Schwarz-Gelben Koalitionsvertrages, einigte man sich darauf, dass es Ziel der EAN sein müsse, wieder christliche Grundsätze in Arbeitswelt und Politik zu etablieren. Mit einem jungen Vorsitzenden und der Aufteilung des Vorstandes in einzelne Arbeitsbereiche will man die Zukunft im Norden Mitgestalten und wieder effektiver arbeiten.

Der neue 1. Vorsitzende Mark Heyen soll zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern frischen Wind in den Verein bringen und auch junge Arbeitnehmer zur ehrenamtlichen Arbeit inspirieren. Stellvertreter: Otto Plocher. Als Geschäftsführer wurde Norbert Kröger vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) gewählt, Wilfried Dubrau, ehemaliger Personalratsvorsitzender des Marinearsenals in Wilhelmshaven und das ehemalige EAN-Vorstandsmitglied

Margret Hohnholz wurden als Beisitzer auserkoren.

Neu in der Organisation der EAN ist die effektive Verteilung der Ressorts auf einzelne Vorstände und Beisitzer. Das Mitglied der ver.di Senioren, Wilfried Dubrau, übernimmt die Kontaktpflege mit Gewerkschaften und Sozialversicherungen. Als

Mitglied der Vertreterversammlung der deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen bringt er die dazu nötigen Kenntnisse und Kontakte mit. Margret Hohnholz übernimmt den Bereich Gesundheit und Rente. Der Geschäftsführer Norbert Kröger hat administrative Aufgaben übernommen, ebenso die Vernetzung mit anderen kirchlichen Arbeitnehmerinstitutionen und den Bereich der politischen Bildung. Öffentlichkeitsarbeit des Vereins: Vorsitzende Heyen.

„Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt, schwindende Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ein aus den Fugen geratendes soziales Gleichgewicht drängen zur Tat. Wir dürfen diese Zustände nicht mehr hinnehmen“, war die

Frischer Wind im Nordwesten

einhellige Meinung der Tagungsteilnehmer. Um wieder christliche Werte in der Gesellschaft zu verankern, wird die EAN auch bei den nächsten Sozialversicherungswahlen eigene Kandidaten ins Rennen schicken. „So wollen wir konkret mitwirken, an der Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, für ein soziales und christliches Miteinander.“, ließ der neue Vorstand verlauten.

Eines der ersten Ziele, das sich die restrukturierte Evangelische Arbeitnehmerschaft auf die Fahne geschrieben hat, ist der Kampf um die Wiedereinführung des Buß- und Bettags.

„Dass es kaum Widerstand gegen die Abschaffung dieses wichtigen protestantischen Feiertages gab, ist doch ein klares Indiz dafür, wie sehr die Volksreligiosität abnimmt“, und erst recht für die Abwendung der Politik von den christlichen Grundwerten, auf denen unsere Kultur und sogar das Grundgesetz beruhen, erklärte Kröger.

Rückfragen an:

Evangelische Arbeitnehmerschaft Oldenburg

Vorsitzender: Mark Heyen

Philosophenweg 1, 26121 Oldenburg

04421/3005161 0160/96507186

Geschäftsführer: Norbert Kröger

Haareneschstraße 60, 26121 Oldenburg

Tel. 0441/7701-472

Treffen mit Landesbischof Dr. Johannes Friedrich

Der im vergangenen Frühjahr neu gewählte Landesvorsitzende Bernhard Dausend und eine seiner Stellvertreterinnen, die Nürnbergerin Uschi Markus, haben sich Mitte Januar mit dem Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Herrn Dr. Johannes Friedrich, zu einem Meinungsaustausch getroffen.

Begleitet wurden die beiden Ehrenamtlichen von Christina Flauder aus Kulmbach, Mitglied der Landessynode und des Landessynodalausschuss und dort zuständig für Fragen der Arbeitswelt und der Wirtschaft, von Dr. Roland Gierth, Vertrauenspfarrer des afa-Landesvorstandes aus Rosenberg, sowie von Martin Becher, Landesgeschäftsführer der afa. Uschi Markus, hauswirtschaftliche Betriebswirtschaftsleiterin und seit ihrem achten Lebensjahr mit der afa verbunden, und Bernhard Dausend, freigestellter Betriebsrat von Saint-Germain-Oberlandglas in Neuburg/Donau, ehrenamtlicher DGB-Regionsvorsitzender, stellten sich persönlich dem Landesbischof vor. Daraus ergaben sich bereits erste Rückfragen zu Themen der Arbeitswelt heute. Dr. Friedrich interessierte insbesondere die Frage, wie es den ehrenamtlichen Mitarbeitenden der afa gelingt, Fragen von Glauben und Ethik in die Arbeitswelt zu transportieren und welche Erfahrungen sie dabei machen. Landesbischof Johannes Friedrich betonte, dass er mit großer Freude bei immer mehr Gemeinden der Landeskirche feststellen kann, dass es zwischen der afa und den Kerngemeinden eine enge Zusammenarbeit gibt. Die afa bestätigte diese Entwicklung und wies ihrerseits darauf hin, dass es der afa dank der vielen sich engagierenden Frauen und Männer wesentlich besser als anderen Arbeitnehmerorganisationen gelingt, sich trotz des heftigen Strukturwandels in der Arbeitswelt als Organisation von Ehrenamtlichen zu behaupten. Dies ist unter anderem auch dem großen Engagement der Hauptamtlichen der Landeskirche, seien es die Sozialekretär/innen des kda oder den Pfarrer/innen in den Ortsgemeinden, zu verdanken.



Kollegen der afa Bayern zu Gast in Berlin v.l. Jürgen Lorke, Bernhard Dausend, Martin Becher mal einstimmig beim Singen traditioneller Arbeiterlieder mit aktuellen Texten.

Freiheit und Verantwortung

Auszüge aus dem Grußwort zu 50 Jahren EAN Berlin Brandenburg - Martin Becher

Freiheit und Verantwortung, unter dieses Motto habe ich mein heutiges Grußwort aus Bayern nach Berlin genannt, auch weil der Begriff der Freiheit in wohl kaum einer anderen deutschen Stadt im letzten Jahrhundert eine solch tragende Rolle gespielt hat. Ich muss, das will ich gerne zugeben, dabei immer an Willy Brandt denken, vielleicht den letzten großen Politiker aus der Arbeiterbewegung, der den Begriff der Freiheit hochgehalten hat und nicht gegen andere Begriffe ausgespielt hat.

Bevor ich zum aktuellen Gebrauch von Freiheit komme, gestattet mir einen kurzen Blick in die Nachkriegsgeschichte. In den 40 Jahren des Kalten Kriegs war der Begriff der Freiheit die zentrale Kategorie, mit der sich der Westen gegen den real existierenden Sozialismus abgrenzte. Die Freiheit zu verteidigen, das war die Begründung für die scharfe Konfrontation zwischen den Blöcken. „Freiheit“ stand im beginnenden Kalten Krieg im scharfen Kontrast zu „Frieden“, denn mit diesem Begriff hat die Sowjetunion in ihrem Sinn für ein einziges Deutschland

und für ihre Europäische Nachkriegsordnung erworben – man erinnere sich nur an die Stalin-Note 1952. Selbst in den 80er Jahren, als ich in West-Berlin lebte, spielte der Begriff der „Freiheit“ noch diese Rolle: ich studierte an der Freien Universität und hörte den Sender Freies Berlin sowie eine „Freie Stimme der freien Welt“, das „Radio im amerikanischen Sektor“, kurz: RIAS.

Nach dem 11. September wurde die Freiheit wieder bedeutsam. Wieder gab es einen äußeren Feind, gegen den die Freiheit verteidigt werden musste, der extremistische Islam in seiner terroristischen Variante. Und wieder stand die „Freiheit“ in einem Spannungsverhältnis zu einem anderen Begriff und wurde deshalb selbst eingeschränkt: dieser Begriff lautete „Sicherheit“. In

den vergangenen zehn Jahren wurden politisch sehr unterschiedliche Methoden und Wege eingeschlagen, mit denen die Politik versprach, größtmögliche Sicherheit herzustellen. Der Abschuss von Passagierflugzeugen wurde vom Bundespräsidenten verhindert, die Vorratsdatenspeicherung vom Bundesverfassungsgericht.

Heute wird der Begriff der Freiheit wieder sehr häufig im Munde geführt, nicht selten in eigenartigen Interpretationen. „Freiheit“ wird heute verkündet, ich sehe aber eher Willkür, aggressive Durchsetzung von Eigeninteressen, vielerorts Verantwortungslosigkeit! Diese Radau-Version der Freiheit gab es erstmals vor etwa dreißig Jahren: „Freie Fahrt für freie Bürger!“ - „Freiheit“ heute ist zu dem Totschlagargument der Flexibilisierer geworden. Der ursprünglich soziale Kern der Freiheit, die Befreiung aus Elend und Zwängen ist verkommen zur Ellenbogenfreiheit, die sich der Stärkere nimmt, weil er stärker ist.

Ich will dazu vier Beispiele nennen:

„Freiheit ist immer auch die Freiheit der anders Gläubigen“ - so verändert ist das

berühmte Wort von Rosa Luxemburg heute aktuell. Aber von welcher Freiheit wird da Gebrauch gemacht, wenn damit Anderen ihr Menschenrecht genommen wird, zum Beispiel das Recht auf Religionsfreiheit, sei es in der Türkei durch das Verbot für Christ/innen, sich frei zu betätigen, oder sei es in der Schweiz, wo eine christliche Mehrheit der muslimischen Minderheit vorschreiben will, wie sie ihre Religion auszuüben habe. In der Schweiz dürfen Muslime ihren Glauben ab jetzt nur noch praktizieren, aber nicht mehr vorzeigen. Wird diese Freiheit der Mehrheit verantwortungsvoll eingesetzt? Ist nicht leicht erkennbar, wie sich zwei in letzter Zeit missverstandene, von ihrer Umwelt scheinbar schlecht behandelte Völker, nun die Freiheit nehmen, sich auch mal durchzusetzen?



Woher aber kommt nun diese häufiger werdende Ellenbogenfreiheit? Sie ist das Resultat einer Ideologie, die das Gemeinwohl systematisch klein redet und behauptet, dass sich jeder selbst der/die Nächste sei („Eigenverantwortung“) und Solidarität in der Gesellschaft sowie Respekt für Andere Auslaufmodelle wären. Sie ist aber ebenso das Resultat, und das sieht man im Schweizer Abstimmungsverhalten, zum Teil auch im Volksbegehren zum Nichtrauchererschutz, von versicherten, in ihren Wurzeln bedrohten, sich machtlos fühlenden Teilen der Gesellschaft, in der viele nur darauf warten, auch einmal bestimmen zu dürfen, „was Sache ist“, es einmal den anderen, wer immer das dann ist, zu zeigen, und eben nicht immer nur von Anderen oder von Sachzwängen bestimmt zu sein.

In jedem Fall ist diese neue Ellenbogenfreiheit, die „Geiz-ist-geil-Freiheit“ entkleidet von jeder gesellschaftlichen Verantwortung. Und hier bin ich bei der EAN, der afa, beim BVEA! Wir stehen für Freiheit, wir stehen aber noch mehr dafür, dass sie nicht hemmungslos eingesetzt werden darf, nur weil man mal der Stärkere ist. Wir stehen für einen ethisch fundierten, für einen christlich motivierten Gebrauch von Freiheit. Es ist Zeit, dass wir für unsere Vorstellung von Freiheit wieder eintreten und kämpfen. In diesem Sinn ist unsere Arbeit heute wichtiger denn je – ich wünsche der EAN in Berlin, in Brandenburg und in der Schlesischen Oberlausitz deshalb viel Kraft und alles Gute!

Martin Becher, afa Bayern

Veranstaltungen des KDA, BVEA, Betriebsseelsorge, KAB

Podienreihe: Arbeit – Armut – Familie. Wie solidarisch sind wir?
Ort: Messe München, Halle A 3 Zeit: 16:00 – 17:30 Uhr Termin: Donnerstag, 13. Mai 2010 Titel: Arbeit – made in paradise Das Kapital hat keine Würde – der Mensch bleibt das Maß!

Weitere Veranstaltungen in dieser Podienreihe:

Freitag, 14. Mai 2010

Titel: Familie – arm aber mutig

Samstag, 15. Mai 2010

Titel: Ökonomie für den Menschen? – Die soziale Marktwirtschaft in der Krise

Kooperation mit DGB Bayern

Titel: Schöne neue Arbeitswelt? Lesung mit Günter Wallraff Samstag, 15. Mai 2010 Zeit: 16:00 Uhr Ort: St. Maximilian, Auenstr. 1, 80469 München

Titel: Ökumenischer Gottesdienst Thema: Fair teilen statt sozial spalten
Musik: Gruppe friends Prediger: Generalvikar Theo Paul, Osnabrück
Präses Nikolaus Schneider, Düsseldorf Termin: 13. – 15. Mai 2010 Zeit: 10:30 – 18:00 Uhr Ort: Messe München Titel: Info – und Aktionsstand auf der AGORA

Veranstaltung im Rahmen der Podienreihe „Arbeit-Armut-Familie. Wie solidarisch sind wir?“

Veranstalter: KAB, KDA, BSS, BVEA, Diözesanrat des Erzbistums München und Freising Datum: 13. Mai 2010, 16:00 – 17:30 Uhr Ort: München-Messe, Halle A 3

Thema: Arbeit – made in paradise

Das Kapital hat keine Würde – der Mensch bleibt das Maß! „Was ist zu tun?“ eine Diskussion mit Vertretern des DGB, Bundeswirtschaftsministerium, KDA und KAB statt.

1. Runde: „Wie erleben Menschen ihre Welt der Arbeit?“

a. Filmeinspieler (kurzer Überblick)

b. Drei Gäste berichten

(z.B. Leiharbeiter, Mobbingopfer, Betroffener von burnout, Depression)

c. Fachmann zeigt Hintergründe auf

Peter Bofinger, VWL in Würzburg, Mitglied des Rats der Wirtschaftswissenschaften

2. Runde: GUTE ARBEIT

a. Drei Gäste (s.o.) benennen jeweils:

„Meine Maßstäbe“

b. Biblische Botschaft und Sozialethik zu Gute Arbeit. Interview mit Paul Schobel (ehem. Lt Betriebsseelsorge in Rottenburg/Stuttgart) und Thorsten Mareis (evang. Sozialethiker, Münster)

Friedemann Preu kda Bayern

3. Runde: „Was ist zu tun?“ (Forderungen und gelungene Beispiele)

Annelie Buntenbach, DGB Bundesvorstand, Ralf Brauksiepe, parl. Staatssekretär BMfA (angefragt), Klaus-Peter Spohn-Loge, KDA-Bundesvorstand

- Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der KAB

Beteiligung des Publikums:

- Plakatwände oder Karten: „Was ist für mich GUTE ARBEIT?“

(Meinungen werden durch Moderation mit eingebracht)

- Anwälte des Publikums:

Friedemann Preu, kda Bayern und Peter Hartlaub, Betriebsseelsorge

Alles verändert sich - wir bleiben!

Das bundesweite Aushängeschild der Evangelischen Arbeitnehmerarbeit ist unsere Rundschau. Sie wird nicht nur in unserem Verband wahrgenommen, sie ist auch eine wichtige Plattform für Gesellschaftspolitik. Die Rundschau wirkt in die Gremien der EKD sowie auf gesellschaftlich relevante Gruppen in der Gesellschaft.

Wir benötigen aber weitere Abonnenten!

Weisen sie in ihrem Freundeskreis auf die Informationsmöglichkeit hin, schauen sie sich im Internet www.BVEA.de die letzten Ausgaben an, nutzen Sie die Zeitschrift um in Gremien für unsere Ideen zu werben.

Melden sie sich noch heute in Essen

Rundschau Evangelischer
Arbeitnehmer

Alfredstr. 53, 45130 Essen

Tel.: 0201 770392

Die Rundschau Redaktion

IBVEA

Rundschau

Zeitschrift des

Bundesverbandes

Evangelischer

Arbeitnehmerorganisationen

in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

27. Jahrgang, Heft 1

April 2010

Layout: Matthias Gehlhar Fotos: Elke Lartz, Jochen Kresse, Dieter Schaper, Jürgen Lorke, EAB NRW, Publik Forum, ver.di, afa Bayern, Eva-Maria Kramer, Matthias Gehlhar, ekd

Selbstverlag: Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. **Abadresse:** Alfredstr. 53, 45130 Essen, Tel.: 0201 770392

E-Mail: bvea@bvea.de, **Internet:** www.BVEA.de

Herausgeber: Werner Künkler, Stv. Bundesvorsitzender des BVEA. **Mitarbeiter der Redaktion:** Wolfgang Schifner, Bonn; Helmut Faber, Oberhausen; Eva-Maria Kramer, Amelinghausen; Michael Polacek, Essen; Georg Glaser, Essen; Günther Freudenberg, Braunschweig; Matthias Gehlhar, Berlin

Konto des BVEA: Bank f. Kirche u. Diakonie, Konto-Nr. 1566543016, BLZ 35060190.

Die RUNDSCHAU DER EVANGELISCHEN ARBEITNEHMER erscheint dreimal im Jahr zum Jahresbezugspreis von 8,- Euro; Einzelexemplare 3,- Euro zuzügl. Porto. Die Rundschau der Evangelischen Arbeitnehmer dient zur Information der Mitglieder in Vereinen der Evangelischen Arbeitnehmerbewegung (EAB), sowie den Landesverbänden der Evangelischen Arbeitnehmerschaft (afa/EAN) und gleichartigen Einrichtungen. Beiträge mit Namensangaben stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Auf zur EU Einladung Brüssel

Auch 2010 führt die ESA Württemberg wieder eine Studienfahrt durch. Unsere Reise führt uns in diesem Jahr vom 09.06.-13.06. nach Belgien. Wir werden in Brüssel Quartier beziehen und dabei die Stadt näher kennen lernen. Außerdem besuchen wir das Europäische Parlament und die baden-württembergische Landesvertretung bei der EU. Danach starten wir jeweils von Brüssel aus zu einer kleinen Rundreise, die uns unter anderem auch nach Antwerpen, Brügge und dem Seebad Oostende führen wird. Auf der Heimreise am 13.06. fahren wir durch die Ardennen und machen in Luxemburg Station. Sie haben dabei die Möglichkeit, die Stadt auf eigene Faust zu erkunden. Wir laden Sie herzlich ein. Limit: 25 Personen



Leistungen

Fahrt mit einem modernen Reisebus mit Klimaanlage, WC, Bordküche und DVD. Unterbringung im Doppelzimmer inklusive Frühstück, alle Zimmer mit Dusche oder Bad/WC im Thon Hotel City Center in Brüssel, Avenue du Boulevard 17

Kosten Mitglieder: im Doppelzimmer 350,00 € pP Nichtmitglieder im Doppelzimmer 385,00 € pP

Einzelzimmerzuschlag: 140,00 € pP

Anmeldeschluss: 15.04.2010

Bezahlung: Es ist eine Anzahlung in Höhe von 200,00 € pro Teilnehmer zu leisten. Die Restzahlung muss bis spätestens zum 25.05.2010 erfolgen. ESA-Reiseleitung: Helga und Manfred Röper, Wolfgang Heinze



Viele gute Gründe

Festgottesdienst in der KaiserWilhelm-Gedächtniskirche Berlin mit Generalsuperintendent i.R. Martin-Michael Passauer, Dr. Christian Homrichhausen, Dietwald Wolf, Hajo Bieletzki, Matthias Gehlhar, Claudia Feiling, Karin v. Knobloch

Zum Entstehen der EAN Berlin vor 50 Jahren

Am 27. Februar 1960 fand die Gründungsversammlung im Haus am Karolinger Platz Nr. 6 A in Berlin-Charlottenburg, im Haus des Sozialpfarramtes, statt. Die Motive, die zur Gründung geführt hatten, waren vielfältig: Die Tradition der evangelischen Arbeitervereine, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bestand und in Berlin und Brandenburg gepflegt wurde, verlangte eine Anpassung an die neuen Verhältnisse.

Schließlich empfand man die im Ostteil der Landeskirche, der DDR, als kirchliche Männerarbeit mögliche Sammlung von Arbeitern als Verkürzung des kirchlichen Auftrags, so dass man eine institutionelle Verbindung zum Sozialpfarramt der Stadt und zu den Arbeiterwerken suchte, z.B. zur Evangelischen Arbeitnehmerbewegung in Nordrhein-Westfalen.

Man wählte allerdings für die Neugründung den Namen „Evangelische Arbeitnehmerschaft“, um Verwechslungen mit den ideologischen Orientierungen des „Arbeiter- und Bauerstaates“ auszuschließen. Franz Piertzik, gelernter Zimmermann, Betriebsratsvorsitzender der Berliner Bau-Gesellschaft und Mitglied der IG-Bau, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Horst Moses, gelernter Orthopäde und Betriebsratsvorsitzender im Krankenhaus Oskar-Helene-Heim in Berlin-Zehlendorf.

Nach 1989 konnte die Arbeit auf das



Werner Künkler - BVEA mit verdienten Mitstreitern der EAN Berlin-Brandenburg, Hans-Joachim Bieletzki, Wolfgang Schifner und Axel Gaebel





Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag Prof. Dr. Traugott Jähnichens zum Thema: Solidarität und Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt



gesamte Gebiet der Landeskirche ausgedehnt werden, so dass auch im Namen die Beschränkung auf Berlin entfallen konnte. Bis zur Auflösung des Amtes für kirchliche Industrie- und Sozialarbeit der Landeskirche war die EAN ein Arbeitszweig dieser Einrichtung. Nachdem die Landessynode die Auflösung des Amtes beschlossen hatte, organisierten sich die Gruppen der evangelischen Arbeitnehmerschaft 1998 als gemeinnützig anerkannter Verein. Die z.Tl. alten Schwerpunkte der Vereinsarbeit wurden neu bestimmt. Diese sind: Die Meinungsbildung zu gesellschaftspolitischen Fragen, die Durchführung von Lehrgängen und Seminaren zur Weiter- und Fortbildung von Arbeitnehmern, die aktive Unterstützung von Einrichtungen der Sozialversicherungen und des Gerichtswesens, die auf ehrenamtlich engagierte Arbeitnehmer angewiesen sind und die Förderung der Altenhilfe in vielfältiger Weise. Derzeit stellt der Verband acht ehrenamtliche Sozial- und Arbeitsrichter und sitzt in unterschiedlichen Vertreterversammlungen der Krankenkassen, Widerspruchstellen und im Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Brandenburg.



Strategen der EAN Berlin: Ingo Bielicki, Dr. Chr. Homrichhausen, Dietwald Wolf.

*Dr. Christian Homrichhausen
Vorsitzender EAN Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz*

Festschrift: zu beziehen über
030 3624828 oder ean-bb@bvea.de



*Kantor der Lutherkirche Berlin Spandau
Matthias Bender: „Lieder durch die Zeit“.*

Das Treffen wurde zum intensiven Meinungsaustausch und zur guten Verköstigung genutzt.



Einer von uns Auszeichnung für Dietwald Wolf

Dietwald Wolf aus Hennigsdorf erhielt das „Verdienstkreuz am Bande“ des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Für sein beispielgebendes und herausragendes Engagement in zahlreichen Ehrenämtern – auch für seine Verdienste um die Fusion der Rentenversicherungsträger in Berlin und Brandenburg – hatte ihm Bundespräsident Horst Köhler das Verdienstkreuz verliehen. Sozialminister Günter Baaske überreichte ihm in den Räumen der Rentenversicherung in Frankfurt (Oder) die hohe Auszeichnung.

Wolf engagierte sich bereits zu DDR Zeiten in der Kirche. Der gelernte Dreher und Ingenieur war lange als Betriebsrat in den Lokomotivbau-Elektrotechnischen Werken aktiv, war Vorsitzender des Behindertenverbandes Oberhavel und ehrenamtlicher Richter am Potsdamer Landgericht. Zudem unterstützt Dietwald Wolf seit Jahren sozial gefährdete, kranke und ältere Menschen.

Arbeits- und Sozialminister Baaske würdigte Wolfs langjährigen Einsatz im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg. Seit 1991 habe er sich maßgeblich für ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Arbeitgeber und Versichertenvertreter in der Selbstverwaltung eingesetzt und zum Ausgleich der verschiedenen Interessen beigetragen. Auch ihm sei zu verdanken, dass die Fusion der Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg manche Hürde nahm. Seit den neunzigern sitzt er im Vorstand der EAN und ACA.

ge

Termine und Seminare aus dem Bundesverband -Auszüge-

BVEA

24.4.2010
Delegiertenversammlung BVEA und Förderverein NeuhoF/Fulda

afa Thüringen

06. 4.2010 Gesundheit und Arbeit – Angebote zur Prävention Ort: Sonneberg/Köppelsdorf Gasthof „Zum Stöbel“ Gesprächspartner: AOK/Plus

13. 4. 2010 Thema: Gesundheit und Arbeit – Angebote zur Prävention Ort: Lichte Hotel „Am Kleeberg“ Gesprächspartner: AOK/Plus

Tagesveranstaltung: 1. Mai 2010 gem. Veranstaltung des DGB Kreisverband SLF/RU, des KDA / afa – Thüringen u. a. Org. zum internationalen Tag der Arbeit Ort: Saalfeld im Schlosspark Beginn: 13 Uhr

Info-Veranstaltung: 04.5.2010 Thema: „Altersarmut in Thüringen“ - ihre Entwicklung und Handlungsmöglichkeiten zur Verhinderung Ort: Sonneberg/Köppelsdorf Gasthof „Zum Stöbel“ Referent: Siegfried Linke Seniorenbeirat DGB Thüringen angefragt Beginn: 16:00 Uhr

Abendveranstaltung: 11.5.2010 Thema: „Altersarmut in Thüringen“ - ihre Entwicklung und Handlungsmöglichkeiten zur Verhinderung Ort: Lichte Hotel „Am Kleeberg“ Referent: Siegfried Linke Seniorenbeirat DGB Thüringen angefragt Beginn: 19:00 Uhr

Tagesveranstaltung: Sa. 5.6. 2010 Ost/West Begegnungstreffen Südthüringen/Oberfranken Thema: Gesundes aus der Region – Besuch der Naturfleisch GmbH Oberweißbach Ort: Oberweißbach Beginn: 10 Uhr

EAN Berlin

9.-10. Oktober Die Mitwirkung der Versicherten in den Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen, Berlin Konradshöhe

16. Mai Arbeitnergottesdienst Siemensstadt

ESA Württemberg

16.04. ESA aktuell Der Neckar als Wirtschaftsraum: Hafen Stuttgart

09.06.-13.06. Studienfahrt nach Brüssel mit Besuch und Gesprächen bei der EU, danach Belgienrundfahrt mit zahlreichen Besichtigungen und Führungen

24.07. ESA Kultur Theaterbesuch in Stuttgart

RAKÜ Hamburg

14.4.2010 18.00 Führung Tiefbunker Hamburg 10.-19.6. 2010 Begegnungsreise Riesengebirge

EAN Braunschweig

19.- 21.3.2010, Situation und Zukunft älterer Menschen in unserer Gesellschaft, Haus Hessenkopf Gosslar

25.5.- 1.6.2010, Meine Verantwortung für Schöpfung und Umwelt, Haus Linn Baltrum

18.-20.10.2010, Auf dem Lebensweg von Christen, Juden und Moslems Hessenkopf Gosslar

EAN Baden

28.05.-3.6.10 ean Fahrradtour Fränkische Seen, Altmühltal

afa-Bayern

07. – 09. Mai 2010 afa-Unterfranken Ost „Familien stärken – aus Angst wird Mut“ Wochenendseminar für Familien und allein Erziehende mit Kindern Bad Königshofen/Sambachshof

12. – 13. Juni 2010 afa-Mittelfranken „Neue Armut in Deutschland – wie lässt sich die Forderung der Kirchen nach gerechter Teilhabe aller Bürger künftig erfüllen?“ Referent: Philip Büttner, kda-München Wochenendseminar Velburg, Haus Betanien

EAN Oldenburg

28.4. Politisches Frühstück. Rev. Klaus Wilberts, Thema: Kopfpauschale Kleingärtnerverband Wochenend Wilhelmshafen

19.5. Ausflug zu Aerotec Wilhelmshafen

EAB NRW

12.-15.4.2010, Qualifizierungs- Aufbau-Seminar für ehrenamtliche Mitarbeiter Hilchenbach Richard-Martin-Haus



Na endlich....

SOZIALWAHL

11

KOLPING



Der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen, Kolpingwerk und Katholische Arbeitnehmer-Bewegung stehen als Arbeits- und Aktionsgemeinschaft (ACA) auf Bundes- und Landesebene für die Grundsätze christlicher Sozialethik. Wir verteidigen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und setzen uns für Entscheidungsfreiheit und Menschenwürde ein, für Selbstverantwortung und Selbstgestaltung im Arbeitsprozess – mit und auch in den Gewerkschaften. Wir suchen Verstärkung:

Selbstverwalter/innen

für die Versichertenparlamente in der Deutschen Rentenversicherung, den großen Ersatzkassen DAK, Barmer GEK, TK, BIG Gesundheit, IKK classic, in den regionalen Innungskrankenkassen, den örtlichen AOKs und in den gesetzlichen Unfallversicherungen

Als unser/e ideale/r Kandidat/in schätzen Sie den Wert der freiheitlichen demokratischen rechts- und sozialstaatlichen Ordnung unseres Grundgesetzes und wollen die Chance zur aktiven Mitgestaltung wahrnehmen. Gerne auch, falls Sie zwischen 25 und 35 Jahren jung sind.

Wenn Sie Ihre Zeit flexibel nutzen können, bereit sind, sich umfassend einarbeiten zu lassen, oder über Erfahrung in der Selbstverwaltung verfügen, erwartet Sie ein verantwortungsvolles und interessantes Ehrenamt mit Zukunft.

Sie entscheiden zum Beispiel über Rentenbezüge, über die Anerkennung von Berufskrankheiten, über Kur- und Heilmaßnahmen, bewerten Entschädigungen bei Unfällen und nachfolgender Wiedereingliederung und beraten umfassend in Rentenversicherungsfragen. Der Beschluss, wie weit Versicherungen im Sinne der Versicherten handeln, geht nicht ohne Sie.

Als ehrenamtliches Mitglied des Versichertenparlaments haben Sie Anspruch auf Freistellung und Lohnfortzahlung, Reisekostenerstattung und Aufwandsentschädigung. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, die Sie bitte bis spätestens 1. Juni 2010 richten an:



Bundesverband Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen e.V.
Herrn Michael Foitlinski,
Alfredstr. 53 45130 Essen
Tel. 0201 770392
E-Mail bvea@bvea.de
www.bvea.de

ODER
für die Regionalträger bei dem
für Sie zuständigen
Landesverband des BVEA

**Mit jedem Kreuz
stärker. Christliche Kraft gegen
soziale Ungerechtigkeit**

